

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereichsbüro 400
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Stephan Friedrich 563 5470 563 8134 stephan.friedrich@stadt.wuppertal.de
	Datum:	05.09.2018
	Drucks.-Nr.:	VO/0679/18 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
18.09.2018	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungs- steuerung und Betriebsausschuss WAW	Entgegennahme o. B.
Verwaltungsmodernisierung und Raumplanung		

Grund der Vorlage

Regelmäßige Berichterstattung

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Die Verwaltung entwickelt z.Z. ein Raum- und Gebäudekonzept zur Nutzung der städtischen Verwaltungsgebäude bis zum Jahr 2030. Hierzu wurde bereits mehrfach berichtet und dargestellt, weshalb die funktionalen, organisatorischen und baulichen Fragestellungen zunächst noch weiter untersucht und ausgearbeitet werden müssen. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Verknüpfung zwischen der Raum- und Gebäudeplanung und den Auswirkungen der Digitalisierung.

Im letzten Sachstandsbericht (VO/0477/18) wurde dargestellt, dass derzeit an einer umfassenden Digitalisierungsstrategie gearbeitet wird. Diese wird ebenfalls jetzt vorgelegt (VO/0733/18). Hinsichtlich der Verwaltungsdigitalisierung (Projekte im Bereich E-Government) wurden im Bereich der dargestellten Projekte (VO/0477/18) erste Förderanträge für das Jahr 2018 im Rahmen der Digitalisierung des Schriftgutes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellt.

Die Digitalisierungsstrategie und die sich daraus ergebenden geplanten Projekte spiegeln die Dynamik und die Geschwindigkeit wider, die sich im Bereich der Verwaltungsmodernisierung ergeben. Ein wesentlicher Baustein der Verwaltungsmodernisierung ist die flächendeckende Aufnahme aller Verwaltungsprozesse und die Erstellung einer Prozesslandkarte. Diese dient als Grundlage zur Prozessanalyse und der darauf folgenden Optimierung und Digitalisierung. Dieser Prozess wird mit externer Unterstützung durchgeführt. Die Prozessaufnahme soll bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Im Rahmen dieser Prozessaufnahme werden auch Kennzahlen erhoben, die für die Raum- und Gebäudeplanung erforderlich sind.

Durch Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Hagen wurde Mitte dieses Jahres im Rahmen eines Projektes eine Beschäftigtenbefragung zum Thema „Arbeitsplatz der Zukunft“ durchgeführt. Diese beinhaltete die Bereiche Personal und Organisation (u.a. Arbeitszeit und Arbeitszeitmodelle), Kommunikation und Vernetzung sowie Arbeitsplatzausstattung und Raumkonzept. Als wesentliches Ergebnis lässt sich ableiten, dass die Wünsche/Erwartungen der Beschäftigten die folgenden Schwerpunkte beinhalten:

- Flexible Arbeitszeiten
- Mobiles Arbeiten/Telearbeit
- Persönliche Arbeitsplatzgestaltung mit Schwerpunkten
 - Raumklima
 - Hygiene
- Sozialräume

Diese Anforderungen und das veränderte Nutzungsverhalten beispielsweise durch die stetig wachsende Inanspruchnahme von mobiler Arbeit (u.a. Desk-Sharing) haben Auswirkungen auf die Flächenressourcen. Daraus ergeben sich Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Steigerung der Flächeneffizienz. Hierbei sind die Anforderungen des Denkmalschutzes in besonderer Weise in die Planung einzubeziehen.

Darüber hinaus nimmt die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Verwaltung in digitaler Form exponentiell zu. Wie aus der Digitalisierungsstrategie abzuleiten ist, erfolgt dies u.a. durch das in Kürze einzuführende Serviceportal und den damit verbundenen weiteren Ausbau von Online-Diensten. Darüber hinaus hat die Prüfung der Machbarkeit zur Errichtung eines Bürgerhauses und der damit verbundenen bürgerorientierten Bereitstellung der Dienstleistungen nach dem Lebenslagenprinzip erhebliche Auswirkungen auf die Raum- und Gebäudeplanung. Diese Wechselwirkungen werden zunehmend komplexer, weshalb der Prüfungsprozess noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Auch die Planung des so genannten Vorwerk-Campus wird einzubeziehen sein.

Demografie-Check

entfällt